

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 64

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Dienstag, den 17. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die für die Wahl des Herrn Dr. Jarres zum Reichspräsidenten eintretenden Parteien haben sich zu einem „Reichsbund“ zusammengeschlossen.

* Zum Eisenbahnerstreit wurde im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der den Arbeitern Lohnerhöhungen zubilligt. Die Parteien sollen sich bis Dienstag erklären.

* In einer kommunistischen Wahlversammlung in Halle kam es zu heftigem Zusammenstoß mit der Polizei. Es wurde geschossen und eine Anzahl Toter und Schwerverletzte blieb auf dem Platz.

* Polen erlitt eine Niederlage in Gens dadurch, daß der Völkerbundrat sein Verlangen nach sofortiger Entscheidung über den Streikfall mit Danzig ablehnte und die Sache bis zum Juni vertagte.

Mehr Besonnenheit.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Aus höchst verständlichen Gründen hört man schon den Wunsch: Wenn uns doch ein zweiter Wahlgang erspart würde bei der Wahl des Reichspräsidenten, wenn doch am 29. März schon die Entscheidung fiel! Wenn doch der Wahlkampf beschränkt bliebe auf die 14 Tage bis zu diesem Datum! Daß wir nicht hinterher noch eine vierwöchige Niderlei und Zankerei haben bis zum 26. April!

Daß der Wahlkampf scharfe und gereizte Formen annehmen würde, war ja vorauszusehen. Dem Deutschen sind nun einmal die Parteianschauungen vielfach zur Weltanschauung geworden und das macht den politischen Kampf gerade in Deutschland immer so schroff und unverwundlich. Die Reichsparteien haben sich zu einem Reichsblock zusammengeschlossen. Daß die Weimarer Koalition nicht gleich so verfuhr, hat seinen Grund darin, daß die Sozialdemokratie ihren Anhängern nicht zumuten wollte, es ihnen offenbar auch gar nicht zutraute, einen bürgerlichen Kandidaten gleich im ersten Wahlgang zu führen. Wahlkämpfe sind eben durchweg keine Auseinandersetzungen ruhiger, ruhiger Art, sondern man verfällt fast bei jedem Wahlkampf in gefährliche Leidenschaft.

Aber daß das politische Interesse mancher Kreise sich nun gleich mit einer solchen Leidenschaft geltend machte, wie das bei der kommunistischen Versammlung in Halle geschehen ist, das ist ein übler Ausfall. Beweist aber, wie scharf die Gegensätze seit der letzten Reichstagswahl geworden sind. Die Kommunisten hoffen und sprechen es aus, den Sozialdemokraten zahlreiche Anhänger zu nehmen, wobei sie die Barmat-Affäre stark in den Vordergrund schieben.

Die Ausnutzung dieser und anderer Standalgeschichten der letzten Monate wird überhaupt eine große Rolle in diesem Wahlkampf spielen. Das macht ihn zu einem Kampf allerpersönlicher Art, weil ja durch die Standalgeschichten eben ganz bestimmte Persönlichkeiten getroffen werden, die man, um mit Wippchen zu reden, nun im Wahlkampf „breit tritt“. Weil sie als abschreckendes Muster, als Typen der Partei dargestellt werden, der sie angehören. Und weil man das manchmal zaudernde Verhalten der Parteien den kompromittierten Männern gegenüber als „Beweis“ dafür vorbringt, daß auch die andern, die nun nicht zu einem Strafgericht schreiben wollen, allerdings am Stecken haben und Indiskretionen befürchten. Man sieht aus diesen Andeutungen schon, daß der Wahlkampf derartig persönlich werden wird, wie wohl bisher überhaupt keiner. Und bringen politische Leidenschaften schon an und für sich Schärfe in den Kampf hinein, so geschieht das noch weit mehr, wird der Kampf noch viel giftiger und folgenreicher für die Gegenwart und Zukunft, wenn Angriff und Verteidigung ganz auf das Persönliche abgestellt sind. Man wird den Kandidaten bis in die letzte Ecke ihres Lebens hineinzuinsultieren und nichts unversucht lassen, aufzufinden, was sie etwa politisch kompromittieren könnte. Und findet man nichts, dann wird eben fröhlich hinzugefächelt, um den Gegenkandidaten als das größte Schandmal abzumalen. Also die ganze Geschichte ist alles andere als schön oder auch nur angenehm; es könnte aber doch vieles geschehen, was dem Wahlkampf, wenigstens seiner Methode, manche Schärfe nehmen könnte. Es ist eigentlich erstaunlich, daß das deutsche Volk sich in seinen Versammlungen immer noch Störungen durch politische Gegner gefallen läßt, d. h. Störungen, die zu einer gewaltsamen Beendigung der Versammlung führen. Derartige Versuche zu machen, ist aber weiter nichts wie ein Zeichen politischer Unreife und außerdem der Ausdruck der Schwäche. Die Polizei ist solchen Aufgaben fast nie gewachsen gewesen, weder früher noch jetzt und — eigentlich dürfte es gar nicht ihres Amtes sein. Hier müßte sich der Wähler wirklich selbst entschließen, auf Ordnung zu halten in den Wahlversammlungen, Ordnung zu erzwingen, wenn es notwendig ist. Die Polizei darf es aber auch nicht als ihre Aufgabe betrachten, nun erziehend wirken zu wollen, den Rahmen der politischen Tätigkeit im Wahlkampf allzu eng zu fassen. Vor allem darf aber keine Bevormundung irgendeiner Partei eintreten. Ein probates Mittel gegen verabredete gewaltsame Störungsversuche wäre es übrigens, wenn man die Anreger und Führer fassen und sie einsperren bzw. ihren Geldbeutel beträchtlich erleichtern würde; das würde außerordentlich abtöndend auf derartige Versuche und ihre Förderer wirken.

Aber alles Stöhnen und Ächzen und Verurteilen nützt nichts; wir müssen auch durch diesen Wahlkampf wieder hindurch. Es scheint unser Schicksal zu sein, daß wir alle Vierteljahre wählen müssen, manchmal dann auch gleich zweimal. In keinem Lande der Erde wird zurzeit so oft gewählt wie bei uns. Die politischen Leidenschaften kochen immer höher und wir leben uns immer weiter auseinander.

ander. Etwas mehr Besonnenheit bei Austragung der politischen Gegensätze sollte man von jedem verlangen können, dem das Wohl des gesamten deutschen Volkes am Herzen liegt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Neuregelung des Notverordnungsrechtes.

Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf zur Ergänzung der Reichsverfassung. Danach soll ein neuer Artikel 77a eingefügt werden, wonach, wenn die Verfassung eines Landes bringenden Notstandes es erforderlich macht, die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen kann, wenn der Reichstag nicht verammelt ist. Die Verordnungen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen. Wird einer Verordnung vom Reichstag die Genehmigung verweigert, so hat die Regierung sie alsbald außer Kraft zu setzen.

Die neue Regierung in Oldenburg.

Reichstagsabgeordneter Wegmann (Zentrum) übernimmt das Präsidium des neuen Ministeriums, das in den nächsten Tagen gebildet wird. Das Ministerium des Innern übernimmt der frühere Ministerpräsident Langen (Demokrat) und die Finanzen der Ministerialrat Dr. Willers als Finanzminister. Die Sozialdemokratie hat sich unter bestimmten Bedingungen zur stillschweigenden Unterstützung dieses aus Demokraten und Zentrum gebildeten Kabinetts bereit erklärt.

Frankreich.

× Der Flugdienst Paris-Warschau wird nicht mehr über deutsches Gebiet führen, da, wie französische Blätter melden, die deutsche Regierung angeblich Schwierigkeiten bei der Erlaubnis von französischen Fliegern auf deutschem Gebiet gemacht haben soll. Dafür wird der Weg über Zürich, Innsbruck und Prag genommen, so daß in Zukunft deutsches Gebiet nicht mehr überflogen wird.

Nordamerika.

× Eine Abrüstungskonferenz in Washington. Eine amtliche Erklärung des Weißen Hauses befragt, Präsident Coolidge werde, falls es sich bestätigte, daß der Völkerbund seinen eigenen Plan einer Abrüstungskonferenz aufzugeben gedenke, alsbald Schritte zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz in Washington tun.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat nahm ein Gesetz über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung bis zum 30. Juni an.

Dresden. Der sächsische Landbund hat an den Reichsfinanzminister eine Eingabe gerichtet, in der er sich dagegen wendet, daß Länder und Gemeinden die Erlaubnis der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben werden soll. Der sächsische Landbund fordert, daß das Reich die volle finanzielle Souveränität behält.

Dortmund. Die Schriftstellerin und Reichstagsabgeordnete Hedwig Dransfeld ist, 54 Jahre alt, im Urfulminantenleiden in Berlin (Westfalen) gestorben. Frau Dransfeld, die stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei, gehörte bereits der Nationalversammlung und seit 1920 dem Reichstage an.

Köln. Hier wurde im Hofe des Gefängnisses Klingelpütz der 50jährige frühere sächsische Arbeiter Ringleier hingerichtet. Ringleier hatte am 18. August 1924 zwei Mädchen zu sich gelockt, sich an ihnen vergangen und sie getötet. Das Vergewaltigungsrecht wurde Ringleier verweigert.

Luxemburg. Rechtsanwalt Dr. Pruem, der Führer der Oppositionsparteien in der Frage der luxemburgischen Eisenbahnkonvention mit Belgien, wurde mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Schiedsspruch im Eisenbahnerstreit.

Beiderseitige Ablehnung des Spruches?

In der Streitsache zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der neben den üblichen Bestimmungen der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit, keiner Maßregelung der Streitenden und der Einstellung der während des Streits ausgeschiedenen Arbeiter auch eine Erhöhung der Grundlöhne der Höchstaaltersstufe vom 15. März ab um 3 Pfg. vorsieht. Die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend. Ein Ausschuß soll weiter prüfen, ob die Wünsche der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind.

Beide Parteien sollen bis zum 17. März ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruch erklären. Wahrscheinlich wird er aber von beiden Seiten abgelehnt werden, so daß es dann zu einer Verbindlichkeitsklärung kommen würde. Die Gründe für die Ablehnung liegen für die Eisenbahnverwaltung darin, als sie die Lohnerhöhung und die Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter nicht annehmen zu können glaubt. Andererseits glauben die Gewerkschaften, daß der Schiedsspruch den Interessen der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer nicht weit genug entgegenkommt. Unter den Eisenbahnern gärt es weiter, und radikale Elemente versuchen entgegen der Weisung der Gewerkschaften eine Verbreiterung der Streikbasis herbeizuführen.

Die blutigen Vorgänge in Halle.

5 Tote, ca. 40 Verletzte.

Anläßlich einer kommunistischen Versammlung kam es in Halle zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten, bei dem 5 Personen getötet, 25 schwer und 15 leicht verletzt wurden. Unter den Getöteten befinden sich angeblich auch 2 Frauen.

Es handelte sich um eine kommunistische Versammlung im „Volkspark“, in welcher der Reichstagsabgeordnete und kommunistische Kandidat für die Präsidentschaftswahl Thälmann sowie ein Franzose und ein Engländer sprechen sollten. Die Polizei hatte die Reden der Ausländer verboten, als gleichwohl der Engländer in der Versammlung sprach, wurde ihm von einem anwesenden Polizeioffizier das Wort verboten. Nach dem polizeilichen Bericht fielen daraufhin von der Galerie Schüsse und die Polizei sah sich genötigt, von ihrem Gummiknüppeln und bald darauf von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen.

Ein Augenzeuge

berichtet über die Vorkommnisse: Auf die Polizei wurden aus der Versammlung zwei Schüsse abgegeben, die jedoch niemand verletzten, sondern rechts und links neben der Bühne in das Mauerwerk eintrafen. Nun begann eine allgemeine Schießerei. Aus der Versammlung erfolgte ein wahres Trommelfeuer mit Bierseideln, von den Galerien wurden Dutzende von Stühlen in den Saal hineingeworfen. Ein Beamter erhielt eine klaffende Kopfwunde, ein anderer mehrere Rippenbrüche, ein dritter einen Leistenbruch. Schußverletzungen sind den Beamten zugefügt worden. Der Oberleutnant, unter dessen Kommando am gleichen Abend mehrere Hundertschaften um den Volkspark konzentriert waren, ließ nunmehr in die inzwischen bereits flüchtig gewordene Menge schießen. Die Massen suchten die Ausgänge des großen Saales. Der Druck nach draußen wurde so groß, daß die Treppengeländer glatt niederbrachen und die Flüchtigen teilweise vier, fünf, ja zehn Meter tief kopfüber hinabstürzten.

Deutschland und der Völkerbund.

Einladung des Völkerbundes zum Eintritt.

Die letzte Sitzung, des Völkerbundrats, die wichtigste der ganzen Tagung, beschäftigte sich mit der Denkschrift der deutschen Regierung, in der sie ihre Bedingungen für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund niedergelegt hat. Deutschland wehrte sich in dieser Denkschrift vor allem dagegen, an militärischen und wirtschaftlichen Strafmaßnahmen des Bundes teilzunehmen, die im Artikel 16 der Völkerverfassung festgelegt sind. Die Reichswehr kann und soll nur die Ordnung im Innern aufrechterhalten, und wenn Deutschland z. B. dem Durchzug fremder Truppen gegen Rußland gestatten würde, so setze es sich der Gefahr aus, Kriegsschaulplatz zu werden, ohne sich wehren zu können.

Als Antwort auf dieses Schreiben hat der Völkerbundrat der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, in der es heißt, daß der Rat mit Genugtuung von der deutschen Erklärung Kenntnis nimmt, den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anzustreben. Eine Ausnahmeleistung im Hinblick auf den Artikel 16 könne Deutschland, wie jedem anderen Mitgliede des Völkerbundes, nicht zugebilligt werden. Deutschlands Befürchtungen seien aber unbegründet, denn Art und Bedeutung der effektiven Teilnahme der Völkerbundstaaten an militärischen Operationen wechselten notwendigerweise mit ihrer militärischen Verpflichtung. Deutschland selbst würde es zusehen, zu sagen, bis zu welchem Grade es in der Lage wäre, der Aufforderung des Völkerbundrats in einem solchen Fall zu entsprechen. Ein Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundrats würde immer an der Entscheidung über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen.

Der Rat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder gegenüber den von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu klären. Der Rat wünscht schließlich, Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, es an den Völkerbundarbeiten beteiligt zu sehen und so für die Organisierung des Friedens die Rolle zu spielen, die seiner Lage in der Welt entspricht.

Der Text der Antwort des Völkerbundrates ist mit einigen begleitenden Worten des Generalsekretärs des Völkerbundes im auswärtigen Amt eingetroffen. Es haben informelle Besprechungen über den Inhalt stattgefunden.

Das Kabinett wird in den nächsten Tagen über die Antwort beraten.

Der Kampf um die Weichsel.

Ein neuer Konflikt mit Polen.

Die polnische Regierung hat gegen die im November v. J. von der Völkshafterkonferenz getroffene endgültige Regelung des Zugangs der Bevölkerung von Ostpreußen zur Weichsel bei der Völkshafterkonferenz Protest erhoben. Sie hat außerdem vor allem die Veröffentlichung und Infraktierung dieser Regelung zum 1. Februar v. J. abgelehnt. Die polnischen Einwendungen richten sich gegen die Bestimmungen der Völkshafterkonferenz über die Fischerei in der Weichsel, insbesondere gegen das Verbot der Liquidation der deutschen Fischereirechte und Fischereipächter.

Dieses polnische Vorgehen droht Deutschland um eine der wenigen Vergünstigungen zu bringen, die ihm in der von der Völkshafterkonferenz getroffenen endgültigen Regelung unter der Fülle ungünstiger Bestimmungen zugebilligt worden sind.

Berlin schilderte den Fall Rausch. Er hat den schwerwundenen Rausch im Krankenhaus einmal vernommen, und Rausch hat bei den Vernehmungen immer wieder die Namen „Fritz“ und „Peters“ und „Albert“, die für das Attentat in Frage kommen könnten, genannt. „Albert“ (Albert Mayer) wurde von Rausch als mutmaßlicher „Anführer“ bezeichnet. „Peters“ sollte ein Russe sein, aber auch Neumann hat sich dem Rausch gegenüber „Peters“ genannt. „Fritz“ ist der Angeklagte Voegel. Bei den polizeilichen Verhören sprach der kranke Rausch zum erstenmal von einer „Tscheta“. Kriminalkommissar Heller schilderte dann die Zusammenkünfte Neumanns und Voegels mit Rausch bis zum Tage des Attentats. Neumann bestritt von neuem, nach dem Attentat zu Rausch gesagt zu haben: „So, du Naas, das ist für Potsdam.“

Zu der heutigen Verhandlung wurde die Vernehmung Hellers fortgesetzt. Er äußerte sich über die Festnahme des geheimnisvollen Russen Tschoblewsky. Der Vorstehende brachte aber die Vernehmung über diesen Punkt ab, weil diese Aussagen zu einem Komplex gehörten, für den die Ausschließung der Öffentlichkeit in Frage kommen könnte.

Zu weiteren Verlauf der Verhandlung kommt eine Reihe von Schriftstücken zur Verlesung, die bei Hallup beschlagnahmt worden sind. Die Schriftstücke beziehen sich namentlich auf die illegalen militärischen Organisationen und enthalten viele Beweise für den beherrschenden Einfluß der kommunistischen Internationale in diesen Fragen. Weiter kam ein Bericht zur Sprache, den der Zeuge Hallup auf Grund von Mitteilungen der Zeugnispfand erlangt hat. Es sollten schwarze Listen und besondere Gruppen zur Überwachung verdächtiger Genossen aufgestellt werden. Weiter hat die Zeugnispfand bezeugt, sie habe in der Zentrale häufig den Namen Hellmuth gehört. Hellmuth sei ein kleiner schwarzer Mann in den 40er oder 50er Jahren mit gelbem Teint und entwedert Rasse oder Tschetsche. Nächste Sitzung Montag.

Die Geschäfte der Pfandbriefanstalt.

Berlin, 14. März.

Zu der Untersuchung über die Geschäfte der Pfandbriefanstalt wurde gestern hundertlang über die bei dem Häuser-Spekulationsgeschäft als Sicherheit hinterlegten niederländischen Pfandbriefe verhandelt. Während Direktor Kunert, der Generalbevollmächtigte der Industrie- und Landwirtschaftsbank, erklärte, daß ungefähr zwanzig Banken die Briefe belegen hätten, ergab sich aus den Akten, daß die befragten Banken mitgeteilt haben, daß eine Beleihung der Pfandbriefe durch sie nicht in Frage gekommen sei. Nachdem dann wieder Geheimrat Lehning ausgesagt hatte, daß er über die holländischen Pfandbriefe gute Kenntnisse erhalten habe, betonte Justizrat Behrendt, der bei dem Geschäft als Rechtsberater tätig gewesen ist, daß die Pfandbriefe absolut wertlos gewesen seien und überhaupt keinen Kurs gehabt hätten. Wenn ein solcher angegeben worden sein sollte, so sei er von den Beteiligten künstlich geschaffen worden. Summe wieder wird bei diesen dunklen Geschäften der Name des Zeugen Dr. Cäsan genannt. Er soll sich fabelhafte Provisionen berechnet haben, u. a. für Telegramme und Portoausgaben 15 600 Mark, während für diese Zwecke höchstens 500 Mark ausgegeben worden sein sollen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 17. März 1925.

□ Abiturienten können als Offiziersanwärter bei der Reichsmarine eintreten. Durch einen Erlass des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist kürzlich den höheren Schulen mitgeteilt worden, daß die Reichsmarine bis auf weiteres Offiziersanwärter in größerer Zahl einstelle. Hierzu wird seitens der Marineleitung erläutert mitgeteilt, daß von der Inspektion des Bildungswesens in Kiel Meldungen zum Dienst Eintritt zum 1. April 1926 entgegengenommen werden. Zu einem früheren Termin kommt eine Einstellung nicht mehr in Frage, da der Bedarf bis zum 1. April 1925 gedeckt ist.

Ausgang aus der Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 13. Juli 1925.

—* Wer mit Vieh, Fleisch oder Geflügel Handel treiben will, bedarf dazu einer besonderen Erlaubnis. Das gleiche gilt für Metzger, soweit sie für ihren Gewerbebetrieb Vieh oder Fleischfleisch unmittelbar vom Viehhalter erwerben wollen. Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt, kann zeitlich und sachlich beschränkt werden und gilt regelmäßig nur für den Bezirk der Behörde, die sie erteilt. Außerhalb dieses Bezirkes gilt sie nur für Viehmärkte und für den Verkauf von Viehhändlern. Schlächter, die Fleischfleisch oder Geflügel nur im Kleinhandel feilhalten wollen, bedürfen einer Erlaubnis nicht, wenn sie zur Führung des Meisterstitels berechtigt sind. Vor der Entscheidung über Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind Sachverständige zu hören. Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn der Antragsteller die erforderliche Sachkenntnis und Zuverlässigkeit nicht besitzt oder wenn ein volkswirtschaftliches Bedürfnis nicht vorliegt. Gegen die Verlegung der Erlaubnis ist binnen 2 Wochen die Beschwerde zulässig. Die die Erlaubnis erteilende Behörde kann Vorlage der Geschäftsbücher etc. als Beweismittel für die geschäftliche Tätigkeit des Antragstellers verlangen. Ueber die Erlaubnis ist ein Erlaubnisschein (Vorbild mit Unterschrift des Berechtigten) auszustellen. Der Erlaubnisschein ist in geschäftlicher Tätigkeit außerhalb des Wohnortes oder des Ortes der gewerblichen Niederlassung mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen. Der Erlaubnisschein kann aus denselben Gründen zurückgenommen werden, aus denen die Erteilung der Erlaubnis versagt werden kann. (Siehe oben.) Die Viehhändler und Metzger sind verpflichtet, ein Verzeichnis in Buchform zu führen, in das unter fortlaufender Nummer jedes Stück Vieh, das sie erwerben, veräußern oder zur Veräußerung anbieten, einzutragen ist. Das Verzeichnis muß Name und Wohnort des Veräußerers und des Erwerbers, den Tag des Geschäftsabschlusses, sowie Angaben über Art, Gewicht und Preis des Viehes enthalten. Soweit Schweine oder Schafe postweise von demselben Besitzer gekauft werden, ist ihre Eintragung nach Stückzahl und Gesamtgewicht und ohne nähere Kennzeichnung zulässig. Viehhalter dürfen an Viehhändler und Metzger Vieh- oder Fleischfleisch nur absetzen, wenn sich der Erwerber als Inhaber einer Erlaubnis nach § 2 ausweist.

Handwerkskammer zu Arnsberg.

—* Die evangelischen Vesebücher. Der Ausschuß zur Bearbeitung der Vesebücher für die evang. Bekennnisschulen Westfalens teilt mit, daß die Arbeiten jetzt zum Abschluß gelangt sind und die evangelischen Vesebücher für sämtliche Stufen nach Ostern vorliegen werden. Der evangelisch-christliche Charakter der Bücher ist voll und ganz sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch nach der künstlerischen Ausstattung gewahrt und

Lohngeldraub in Haspe.

12000 Mark Lohngelder geraubt. — Der Täter nach Düsseldorf entflohen. — Feuergefecht zwischen Verbrecher und Polizei. — 1 Polizeibeamter und der Räuber tot, 3 Polizeibeamte verletzt.

Haspe, 14. März. Einbrecher stahlen in der vergangenen Nacht dem Geschäftsgebäude der Chemischen Fabrik einen Besuch ab, erbrachen mit Hammer und Stemmeisen den dort befindlichen Geldschrank und raubten Lohngelder im Betrage von etwa 12000 Mark. Die Polizei verfolgt zur Zeit gewisse Spuren.

Das W.B. erfährt hierzu aus Düsseldorf: In der Sonntagnacht ist es in einem Gasthaus an der Ede-Jahn- und Luisenstraße zu einem schweren Kampf zwischen Polizei und einem Verbrecher gekommen. Der Mann hatte sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht, sodaß die Polizei benachrichtigt worden war. Als die Beamten erschienen, war das Gasthaus geschlossen. Sie sind später in das Haus eingedrungen und haben den Verbrecher gesucht, den sie schließlich auf dem Klosett und zwar auf dem Wasserkasten entdeckten. Er hatte einen Koffer bei sich, auf den vorher schon aufmerksam gemacht worden war, weil er eine größere Geldsumme zu enthalten schien. Da die Polizei befürchtete, daß sie beschossen werden würde, zog sie sich zunächst zurück, um Verstärkung herbeizuholen. In diesem Augenblick fielen aber bereits zwei Schüsse, die einen Beamten schwer durch Brustschuß verletzten, während der andere einen schweren Oberarmschuß mit Knochensplinterung erhielt. Die anderen Beamten holten Verstärkung herbei und suchten von neuem gegen den Verbrecher vorzugehen. Sie bemerkten aber sofort, daß der Verbrecher in Anschlag lag und bereit war, auf die Beamten zu feuern. Es kam zu einem Feuergefecht, wobei wiederum 2 Be-

amte, der eine durch einen Brustschuß und der andere durch einen Bruststreichschuß verletzt wurden. Darauf wurde zunächst die Feuerwehr alarmiert und dann folgte das Ueberfallkommando. Die Feuerwehr versuchte von neuem, in das Gebäude hineinzukommen. Schließlich gelang es einem Beamten, den Verbrecher vor die Schusswaffe zu bekommen. Auch dieser Beamte wurde beschossen, aber nicht getroffen.

Er selbst tötete den Verbrecher.

Bei dem Toten wurde ein Geldbetrag in Höhe von 4000 Mark vorgefunden, der sich in dem Koffer befand, in dem auch noch ein Streifen, wie er zum Geldbündeln benutzt wird, auf dem ein Betrag von 20 000 Mk. vermerkt stand vorgefunden.

Ueber die Person des Erschossenen konnte bisher nichts festgestellt werden, da bei der Leiche keine Papiere vorgefunden wurden. Es handelt sich um einen Menschen von etwa 25 Jahren. Da anzunehmen war, daß das Geld aus einem größeren Einbruchsdiebstahl herrührte, benachrichtigte man durch ein Rundtelegramm die deutschen Polizeiverwaltungen. Die Benachrichtigung hatte sofort Erfolg.

Das Geld ist bei einem Einbruchsdiebstahl in einer Fabrik in Haspe gestohlen worden.

Die Ermittlungen über die Person des Verbrechers dauern noch fort. Wie noch mitgeteilt wird, ist

einer der verletzten Beamten gestorben und ein zweiter befindet sich in Lebensgefahr.

zu Beunruhigungen innerhalb der evangelischen Elternschaft besteht durchaus keine Veranlassung. Auch der Heimatgedanke kommt in den 3 verschiedenen Ausgaben (eines fürs Siegerland und Wittenstein, eines fürs mittlere und eines fürs nördliche Westfalen) durch besondere Heimatteile, die unter Mitwirkung bekannter Heimatpädagogen ausgearbeitet wurden, zur Geltung.

—* Es bestehen noch vielfach Zweifel über die Durchführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn bei Heimarbeitern. Hierbei ist davon auszugehen, daß die Heimarbeiter grundsätzlich nicht anders behandelt werden sollen als andere Arbeitnehmer. Dabei ist also auch bei ihnen die Steuer in der Weise zu berechnen, daß ein Betrag von 60.— R.-Mk. monatlich steuerfrei bleibt und von dem darüber hinausgehenden Teil des Arbeitslohns der Hundertsatz einzubehalten ist, der sich auf Grund des auf der Steuerkarte ausgewiesenen Familienstandes ergibt. Dies gilt auch dann, wenn der Arbeitslohn nach der Stückzahl der hergestellten Gegenstände bemessen ist. Es kommt also lediglich darauf an, daß ein Zeitraum, für den der Lohn bezahlt wird, überhaupt festgestellt werden kann. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelmäßig abgerechnet wird. Daß die Abrechnung stets nach gleichmäßigen Zeitabschnitten erfolgt, also wöchentlich oder alle 10 oder 14 Tage, ist nicht unbedingt erforderlich. Es wird im allgemeinen von den ortsüblichen Gebräuchen oder von den in den einzelnen Betrieben eingerichteten Lohnzahlungsperioden abhängen. Wenn also der einzelne Heimarbeiter z. B. einmal nach einer Woche, das nächste Mal nach 10 Tagen abrechnet, so ist auch in diesem Falle die Steuer unter Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrags in Höhe des Wochenbetrags (15.— R.-Mk.) oder des mit der Zahl der Werktage (nicht Sonn- und Feiertage) vervielfachten Tagesbetrags (2,50 R.-Mk.) und der Ermäßigung nach dem durch die Steuerkarte ausgewiesenen Familienstand zu berechnen. Voraussetzung für diese Art der Steuerberechnung ist allerdings stets, daß der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber seine Steuerkarte vom Beginn bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses zur Aufbewahrung übergeben hat, damit eine doppelte Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrags nicht eintreten kann. Wird dem Arbeitgeber eine Steuerkarte nicht abgegeben, so sind nach § 33 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom Bruttolohn volle 10 v. H. ohne Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrags und der Ermäßigung nach dem Familienstande einzubehalten. Steht der Arbeitnehmer im Dienstverhältnis zu mehreren Arbeitgebern, so kann er sich eine zweite oder weitere Steuerkarten ausstellen lassen, auf Grund deren der Familienstand ebenfalls berücksichtigt wird. Der steuerfreie Lohnbetrag wird alsdann nur auf Grund der ersten Steuerkarte berücksichtigt, wenn nicht durch das Finanzamt eine Verteilung des steuerfreien Lohnbetrags von der ersten auf weitere Steuerkarten erfolgt ist. Die Bestimmung, daß bei Heimarbeitern 2 v. H. vom gesamten Arbeitslohn als Steuer einzubehalten sind, bezieht sich nur auf die äußerst wenigen Fälle, in denen wegen der Art der Lohnzahlung nicht festgestellt werden kann, welcher steuerfreie Lohnbetrag zu berücksichtigen ist. Um Arbeitgebern, die eine nur geringe Anzahl Arbeitnehmer beschäftigen, die Zahlung der Lohnsteuer zu erleichtern, hat der Reichsminister der Finanzen neuerdings folgendes angeordnet: Soweit Arbeitgeber die einbehaltenen Lohnsteuerbeträge bar oder im Wege der Ueberweisung an die Finanzkasse abzuführen haben, brauchen sie diese Beträge, wenn in einem Kalendermonat für die sämtlichen bei einem Arbeitgeber beschäftigten Arbeitnehmer der Betrag von 50.— R.-Mk. nicht übersteigt, erst am 5. des folgenden Monats abzuführen. Wenn jedoch die in einer Monatsdekade einbehaltenen Beträge allein oder zusammen mit den für die vorhergehende Dekade noch nicht abgeführten Beträge 50.— R.-Mk. übersteigen, so sind sie zusammen mit den etwa rückständigen Beträgen am Fälligkeitstag für die Dekade abzuführen, in der der Betrag von 50.— R.-Mk. überschritten wird. Beim Marktenverkehr bleibt es jedoch beim bisherigen Zustand, d. h. die Entwertung der Steuermarken hat jeweilig bei der Lohnzahlung zu erfolgen.

□ Halver, 16. März. Die Tagesordnung für die Sitzung der Amtsversammlung am Mittwoch, den

18. März umfaßt folgende Punkte: 1. Haushaltsplan 1925. 2. Haushaltsplan des Bezirksarbeitsnachweises für Lütenscheid und Umgegend. 3. Eingabe des Landwehrvereins Halver betr. Transformatorhaus. 4. Kreisfürsorgeheimstation in Halver. 5. Ausscheiden von Mitgliedern aus dem Sparkassenvorstande. 6. Nachtrag zur Amtsparkasse Halver. 7. Abnahme der Sparkassenrechnung. 8. Kontoforrentkredit bei der Landesbank. 9. Beihilfenanträge.

□ Halver, 16. März. Ein seltenes Naturschauspiel wurde hier in der verfloßenen Woche beobachtet. An einem Tage, als der Schnee in großen Mengen fiel und dabei auch erhebliche Kälte herrschte, sah man Stare in gewaltiger Menge in der Luft nach Süden ziehen. Diesem Vogel, der ja kein eigentlicher Zugvogel, sondern nur ein Strichvogel ist, wurde es bei dem plötzlich einsetzenden Winter bei uns zu ungemütlich, sodaß er vorübergehend eine mildere Gegend aufsuchen wollte.

□ Halver, 16. März. Ortshebestern findet am 18. d. Mts. in Schalksmühle, Bahnhofstraße 5 (Verwaltungsgeheftstelle) vormittags von 8 bis 11½ Uhr statt. Alle an die Kassen des Amtes Halver zu leistenden Zahlungen wie Steuern, Beiträge zur Weist. Provinzial-Feuer-Sozialität, Wassergelder, Rektoratschulgelde usw. können unter Vorlage der Steuer- und Zahlzettel bezw. Rechnungen entrichtet werden. Die Einkommen- und Kirchensteuer-Vorauszahlungen sind zur Vermeidung von Zahlungsverzögerungen und dadurch entstehenden Kosten unmittelbar an die Finanzkasse Lütenscheid zu leisten.

□ Halver, 16. März. Gestern fand die diesjährige Konfirmation der Mädchen statt. Pfarrer D. Dresbach vollzog dieselbe. Es war die 38. Konfirmation, die er in hiesiger Gemeinde ausführte und gleichzeitig die letzte, da er nunmehr in den Ruhestand tritt. Er legte seiner Konfirmationspredigt das Bibelwort 2. Timotheum 1, 13—14 zu Grunde. Während der Einsegnung der Mädchen ertönte leises Orgelspiel. Auch derposaunenchor erhöhte die Feierlichkeit durch seine Mitwirkung. Die Zahl der konfirmierenden Mädchen betrug 73.

Lütenscheid, 15. März. Amtsvertretung. In der am Freitag, den 13. März stattgefundenen Sitzung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Amtmann des Hinscheidens des Reichspräsidenten Ebert und der auf der Zeche „Minister Stein“ verunglückten Bergleute. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer auf drei Minuten vertagt. Von den Beschlüssen sei kurz folgendes mitgeteilt: 1. Die Jahresrechnung für 1923 wurde festgestellt. 2. Der Anteil der Gemeinden an der Kreis-Altenaer-Kraftverkehrs-Gesellschaft wurde auf das Amt übernommen, vorausgesetzt, daß die Gemeinden damit einverstanden sind. Der Gesellschaftsanteil des Amtes beläuft sich auf 18 000 Mk. 3. Das Amt übernimmt die Hälfte der Reparaturkosten für das vom Städt. Krankenhaus anzuschaffende Krankenauto, für das das Amt wie erinnerlich auch die Hälfte der Anschaffungskosten trägt. Die Sitzung mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden. Die Weiterberatungen finden Mittwoch statt.

Altena, 15. März. Polizeikommissar Auler hat unter Verzicht auf alle Ansprüche im Laufe der vorigen Woche sein Entlassungsgesuch eingereicht, das vom Magistrat genehmigt wurde. Die Untersuchung der Auler zur Last gelegten Verfehlungen ist noch im Gange.

Elberfeld, 15. März. Die Vertreter der Kreis- und Stadtgemeinden des Bergischen Landes stimmten einstimmig einer Anregung der Stadt Elberfeld zu, sich an der Tausendjahrfeier der Rheinlande zu beteiligen. Der Plan eines Festzuges wurde wegen technischen Schwierigkeiten fallen gelassen. Dagegen ist ein großes Sportfest vorgesehen. Man hofft, daß der Reichspräsident an dem Festabend in der hiesigen Stadthalle teilnehmen wird, zu dem der verstorbene Reichspräsident Ebert sein Erscheinen zugesagt hatte.

Nah und Fern.

□ Eine vorbildliche Lösung der Aufwertungsfrage. Der Ausschußrat der Gute-Hoffnungs-Hütte beschloß, die Spareinlagen bei der Werksparcasse unter 1000 Mark voll aufzuwerten und die Einlagen über 1000 Mark mit 50%.

□ Von einem Kranhaken erschlagen. In den Vorflüssen in Tegeel wurde der 23jährige Arbeiter Walter

Tophe von einem aus zehn Meter Höhe herabstürzenden Kranhaken am Kopfe getroffen. Er erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Ein Scheckwindler in Peru verhaftet. Im Sommer 1922 wurde Deutschland von einer internationalen Bande von Taschendieben und Scheckfälschern heimgesucht, die es besonders auf die zahlreichen sich damals in Deutschland befindenden Amerikaner abgesehen hatten. Schließlich kam die Kriminalpolizei dahinter, daß es ein russischer Kaufmann Gant war, der als Juwelenhändler auftrat und eine Reinzimmerwohnung innehatte. Der geflüchtete Gant wurde kürzlich in Peru verhaftet und nach Deutschland zurückgebracht.

Folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Lastauto und Personenzug. In Hermannsdorf bei Salzwedel ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem Personenzug. Zwei Insassen des Autos waren sofort tot, während der dritte an den schweren Verletzungen nach einer Stunde starb.

Sturmflut an der Zuidersee. In Verbindung mit den starken Schneefällen, die über den Besten Hollands niedergingen, ist über den südlichen Teil der Zuidersee ein schwerer Nordoststurm hingegangen, der namentlich auf dem Eiland Marken große Verheerungen anrichtete. Viele Fischerfahrzeuge konnten ihre Ausgangshäfen nicht mehr erreichen und konnten sich nur mit Mühe an anderen Orten der Küste in Sicherheit bringen. Zwei Fahrzeuge strandeten, jedoch konnte die Bemannung gerettet werden. Das Wasser der See ging über den Nordostdeich von Marken hinweg und das Eiland ist zum Teil bereits unter Wasser gesetzt worden.

Bunte Tageschronik.

Magdeburg. Der Magistrat von Magdeburg hat auf Antrag des Oberbürgermeisters beschloffen, den Polizeipräsidenten zu erlauben, dem Straßenbrückenbau Sternbrücke den Namen Friedrich-Ebert-Brücke zu verleihen.

Kleine Nachrichten.

Der Urlaub der Reichsbeamten.

Berlin, 15. März. Das Reichskabinett hat auf Antrag des Reichsministers des Innern Richtlinien für die Erteilung des Erholungsurlaubs der Reichsbeamten erlassen. Danach beträgt der Urlaub für die verschiedenen Besoldungsgruppen von I bis XII und darüber in drei Altersstufen bis zu 30, von 30-40 und über 40 Jahren 16-29 bzw. 21-37 bzw. 28-42 Tage. Die Richtlinien werden in der nächsten Nummer des Reichsministerialblatts veröffentlicht werden.

Die Volkstraft-Ausstellung.

Berlin, 15. März. Im Landesausstellungsgebäude ist die Volkstraft-Ausstellung, die unter dem Protektorat

des Staatssekretärs Lewald steht, eröffnet worden. Die Ausstellung umfaßt die Gebiete des Sports, Spiels, Turnens und Wanderns.

Eröffnung der Reichs-Gastwirtsmeffe.

Berlin, 15. März. In den neuen Ausstellungshallen am Kaiserbaum ist heute die Reichs-Gastwirts-Messe eröffnet worden. Die Messe dauert bis zum 19. März und gibt einen Überblick über die Erzeugnisse der mit dem Gastwirts-gewerbe zusammenhängenden Industrie. Etwa 400 Aussteller nehmen an der Messe teil.

Der Stand der Pfarrbesoldung.

Berlin, 15. März. Von zünftiger Stelle wird über den Stand der Pfarrbesoldung mitgeteilt: Die im Preussischen Landtag für die Pfarrbesoldung eingebrachten Initiativanträge, mit denen sich gegen die Beamtenauschüsse, soweit seine Zuständigkeit im Bereich kommt, beschäftigt hat, werden nunmehr gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Landtages dem Haushaltsausschuß überwiesen werden. Der Haushaltsausschuß wird seinerseits die Angelegenheit insbesondere unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Tragbarkeit weiter zu beraten haben. Gegenüber der hier und dort hervorgerufenen Verunsicherung ist nachdrücklich zu betonen, daß irgendeine auch nur vorübergehende Unterbrechung in der Zahlung der Staatsleistungen für die Pfarrbesoldung nicht eintritt. In den Staatshaushalt und den Etat für 1925 sind ausreichende Mittel eingestellt.

Die blutige Wahlversammlung in Halle.

Berlin, 15. März. Zu den blutigen Vorgängen bei der kommunistischen Wahlversammlung in Halle wird amtlicherseits festgestellt, daß auf den Polizeioffizier von einem Mann auf der Galerie aus einem Revolver zuerst geschossen wurde. Unmittelbar darauf fiel von der Galerie und aus dem Saal eine ganze Anzahl von Schüssen in so schneller Folge, daß die Beamten sich einer Maschinenpistole gegenüber glaubten. Als außerdem die Menge die Beamten aufs äußerste bebrängte, gaben nun auch diese zu ihrer Verteidigung in der Notwehr, ohne besonderen Befehl erhalten zu haben, Schüsse ab. Neben dem Standort der Beamten sind zahlreiche und auf der Galerie Hülsen einer von der Schutzpolizei nicht Geschosseinschläge festgestellt worden, auch haben sich im Saal geführten Munition gefunden.

Schulstreik im Elsaß.

Paris, 15. März. Aus Straßburg wird berichtet: Der Bischof von Straßburg Monsignore Ruch hat eine Proklamation an die Katholiken des Elsaß gerichtet, derzufolge das Aktionskomitee für die religiöse Verteidigung beschloffen hat, einen allgemeinen Schulstreik anzuordnen, um gegen die Einführung der interkonfessionellen Schule in Kolmar zu protestieren und um die Solidarität der Katholiken im Elsaß zu bestätigen. Die Eltern der Kinder werden aufgefordert, ihre Kinder am Montag, 16. März, nicht in die staatliche Volksschule des Departements Ober- und Niederrhein zu schicken. In Kolmar soll der Streik drei Tage und in den übrigen Gemeinden und den beiden Departements einen Tag dauern. Nötigenfalls wird ein neuer Streik begonnen, der solange dauern soll, als es erforderlich ist.

Börse und Handel.

Alltägliche Berliner Notierungen vom 14. März.

* Börsenbericht. Das Interesse der Börse konzentrierte sich diesmal auf inländische Anleihen, insbesondere Kriegsanleihen. Hier entwickelte sich ein äußerst lebhaftes, ja zeitweise geradezu stürmisches Geschäft; es hieß, daß auch von staatlicher Seite umfangreiche Käufe vorgenommen wurden. Der Kurs der Kriegsanleihe konnte bis auf 0,75 anziehen. An den übrigen Märkten war das Geschäft recht still, jedoch bei durchschnittlich gut behaupteten Kursen. Tägliches Geld stellte sich auf 7,5 bis 10,5 %, Monatsgeld auf 10-12 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,07 bis 20,12; holl. Gulden 167,79-168,21; Danz. 79,65 bis 79,85; franz. Frank 21,63-21,69; belg. 21,21-21,27; Schweiz. 80,93-81,13; Italien 17,07-17,11; schwed. Krone 113,06-113,34; dän. 75,71-75,89; norweg. 64,37 bis 64,53; tschech. 12,44-12,48.

* Futternotierungen. 1. Qualität 2,08 M., 2. Qualität 1,94 M., abfallende Butter 1,60 M.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 2940, darunter Bullen 773, Ochsen 909, Kühe und Färken 1258, Kälber 2230, Schafe 7601, Schweine 7610, Ziegen 24, Schweine aus dem Ausland 264. Preise: Ochsen a) 50-55, b) 44-48, c) 37-40, d) 30-35; Bullen a) 46-48, b) 41-44, c) 36-40; Färken a) 46 bis 52, b) 40-45, c) 31-36, d) 25-28, e) 20-23; Fresser 33 bis 38; Kälber a) —, b) 80-90, c) 65-75, d) 45-60, e) 35 bis 42; Stallmastschafe a) 45-51, b) 33-42, c) 23-30; Schweine a) —, b) 63-66, c) 63-64, d) 60-62, e) 58-60, f) bis 57; Säue 60-62; Ziegen 18-23. Marktverkauf: In allen Gattungen ruhig, bei Rindern in Kälbern in guter Ware glatt.

* Produktentbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	14. 3.	13. 3.		14. 3.	13. 3.
Weiz., märk.	248-251	252-255	Weizl. f. Brl.	13,8-14	14
pommerscher	—	—	Roßl. f. Brl.	14-14,2	14,2-14,4
Moos., märk.	229-232	241-243	Raps	390-395	395-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
weipreuß.	—	—	Vistot., Erbs.	25-30	26-30
Futtergerste	210-223	215-228	fl. Speiseerbs.	20-22	20-22
Braugerste	235-255	241-258	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	—	188-192	Peluchsen	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Altenbohnen	19-20	19-20
weipreuß.	—	—	Widen	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,2-13,5	12,2-13,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16,0
Bl. br. inf.	—	—	Seradella	14,2-16,5	14,2-16,5
Erd. (feinst.)	—	—	Rapsfuchen	16,5-16,8	16,5-17
Wrl. u. Rot.	32,5-35,2	34-36,2	Leintuchen	22-22,5	22,0-22,5

Briefkasten.

Die eingesandten Dichtungen sind für unsere Zeitung nicht geeignet. Wir bitten für die Folge derartige Zusendungen zu unterlassen. Die Schriftleitung.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halber t. Westf.

Gebrauche Ata



und im Haus
sieht's stets bei dir wie Sonn-
tag aus!
(ATA HENKEL'S PUTZ-UND SCHEUERMITTEL)

Geben
Herde u.
Ofen

ab Lager Kierspe zu
Fabrikpreisen ab.

Otto Haase & Co.
Kierspe, Telef. 181
Amt Meinerzhagen.



Betten

in bewährten guten
Qualitäten
Federn, Halbdauen
und Daunen

Bett-Inletts

empfiehlt

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Leder-Schultornister

empfiehlt Wilt. Bell jr., Halver.



Schälen
gefällig.
Halver.
Echalle in Kürze je
einen Waggon
Futterrüben,
Torfstreu,
Hafer- u.
Kroggenstroh.
Bestellungen nimmt
entgegen

Donnerstag, 19. März
im Gasthof zur Post
abends 7¹/₂ Uhr
Vorstandsitzung,
abends 8¹/₂ Uhr
Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht u.
Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Festangelegenheit.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bei Asthma
Atemnot
Herzbeschwerden usw.
verlangen Sie die Bro-
schüre: „Die sichere
Hilfe“ kostenlos.
H. Sasse, Lingen, Ems,
Rheinerstr. 80. 255

Preiswerte

Strumpfwaren

für Jung und Alt.

Damenstrümpfe

baumwollene schwarz von 55 an

Damenstrümpfe braun 120 an

beige, grau von 1 an

Damenstrümpfe Macco, 90 an

schwarz, Doppelsohle

Hochferse 1.10

Damenstrümpfe la Macco, 140 an

Doppelsohle, Hochferse,

tiefschwarz 2.90, 2.20, 2.—

Damen-Cachmirstrümpfe

reine Wolle, schwarz und

braun 5.50, 4.50, 3.50

Damenstrümpfe gestrickt 280 an

Wolle 5.50, 3.75,

Baumwoll. Frauen und

Kinderstrümpfe

1 u. 1 gestrickt, schwarz u. braun

Gr. 1 75 an Gr. 10 1.25 in schw.

Kinderstrümpfe,

alle Größen, schwarz, braun u.

beige, in Wolle und Baumwolle

alle Preislagen.

Erstlingsstrümpfe, aus rein.

Wolle, schwarz, braun,

weiß 1.20 90 an 75 an

Backfischstrümpfe, 220 an

schwarz, r. Wolle 5.20, 3.60

Backfischstrümpfe

grau, braun, reine Wolle.

Dam.-Seidenflorstrümpfe

schwarz, verstärkt, Doppelsohle,

Hochferse, besonders

haltbar 3.80 260 an

Dam.-Seidenflorstrümpfe

Doppelsohle, Hochferse,

grau und beige von 1 an

Strumpf-Längen,

reine Wolle, schwarz

Länge 50 cm 2.60 1.80

„ 60 cm 3.20 2.60

Herrensocken, starke, 95 an

baumwollene 2 Paar

Herrensocken farbig, 95 an

b.-wollene, Paar 75 u.

Herrensocken reine Schaf- 140 an

wolle, grau u. weiß 1.50

Herrensocken, rein Sajett 200 an

schwarz u. grau Paar 2.35

farbige Cachmir und

Seidenflorsocken

in großer Auswahl!

J. B. Strodel

Lüdenscheid.

Für sofort älteres,
tüchtiges
Mädchen
für alle Hausarbeiten
gesucht.
Ferdinand Niggeloh,
Bräse (Westfalen.)

Älteres, in allen Haus-
arbeiten bewandertes
Mädchen
für kleinen Haushalt
sofort gesucht.
Schriftl. Ang. erbeten
Frau Otto Florath,
Lüdenscheid.

Für Landwirte!
Fertige
Tragetücher
Stück 2.50
empfiehlt
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Motorräder
Zündapp, — Ardia,
B. M. W.
verkauft bei sehr günstigen
— Zahlungsbedingungen —
Alb. Linnepe, Halver.
Telefon 192.

2-3 Arbeiter
für sofort oder in 14
Tagen gesucht
Rudolf Graemer,
Halver.

Schleifer
für Spaten und Hacken
gesucht.
Casp. Arn. Winkhaus,
Carthausen.

Für sofort oder in
14 Tagen
2 kräftige
Arbeiter
gesucht.
Walz- und Drahtwerk
Halver i. W.